
ESSEN OHNE ZU ARBEITEN?

Rezension von: Georg Vobruba,
Arbeiten und Essen. Politik an den
Grenzen des Arbeitsmarkts, Passagen
Verlag Ges. m. b. H., Wien 1989,
245 Seiten, öS 268,-

Soll es eine Grundversorgung durch die Gesellschaft geben, ohne arbeiten zu müssen? Dies ist die zentrale Frage der vorliegenden Arbeit von Georg Vobruba. Er geht davon aus, daß sich im Laufe der kapitalistischen Entwicklung das Verhältnis von Arbeiten und Essen stark gewandelt hat. Gab es zu Beginn eine ganz enge Verbindung von Arbeiten und Essen („Wer nicht arbeitet, soll auch nichts essen“), lockerte sich diese spätestens mit dem Ausbau des Sozialstaates. Hier heißt es nun: „Wer essen will, muß wenigstens (lohn-)arbeitsbereit sein (oder lange genug gearbeitet haben).“ In der dritten Phase kommt es nach Vobruba dann zu einer Entflechtung von Arbeit und Essen. Diese Reihenfolge ist aber keine zufällige. Da in jeder dieser Phasen Instabilitäten angelegt sind, führen sie schließlich zur nächstfolgenden. Oder mit Vobruba ausgedrückt: „Wir stehen heute in der Spätphase der Gültigkeit der zweiten Antwort, des bedingten Nexus von Arbeiten und Essen. Was ansteht, ist, die unbedingte Entflechtung von Arbeiten und Essen gesellschaftlich zu organisieren. Im dritten Schritt geht es also nicht um eine Prognose, sondern um den Nachweis der Aktualität und Brisanz einer gesellschaftspolitischen Aufgabe.“

Vobruba leitet die vorliegende Studie mit der These ein, daß sich der Arbeitsmarkt wesentlich von Gütermärkten unterscheidet. So existieren

außerhalb des Arbeitsmarktes Faktoren, die den Umfang des Arbeitskräfteangebots entscheidend beeinflussen. Weder sind für die Geburt und das Aufziehen von Kindern arbeitsmarktökonomische Motive maßgebend, noch dominieren sie sozio-kulturelle Werthaltungen wie beispielsweise die Nichterwerbstätigkeit von Frauen. Ein Überangebot am Arbeitsmarkt führt zwar wie bei den Gütermärkten zum Preisverfall, die niedrigen Löhne führen aber nicht zur Verringerung der Angebotsmenge. Das genaue Gegenteil tritt ein: Um das individuelle Einkommen möglichst zu erhalten, wird sich jeder Arbeitende bemühen, den Preisverfall durch ein Mehrangebot an Arbeitskraft auszugleichen. Bei einem sinkenden Preis wird somit nicht weniger, sondern mehr angeboten. Die Situation wird dadurch für alle Arbeitenden verschlechtert. Ein Weg aus diesem Gefangenendilemma, wie Vobruba es nennt, kann nur auf der politischen Ebene gefunden werden. Entweder „indem der fehlende ökonomische Verknappungsmechanismus auf der Angebotsseite des Arbeitsmarkts durch kollektive Regulierung ersetzt wird, oder (und) indem den Arbeitskräften die ihnen fehlenden Alternativoptionen zum Arbeitsmarkt politisch ersetzt werden. Ersteres läuft auf die Notwendigkeit von Arbeitszeitverkürzung, letzteres auf die Universalisierung materieller Existenzsicherheit hinaus“. Vobruba bejaht in der Folge – nicht zuletzt um das Arbeitskräfteangebot zu verknappen – die Notwendigkeit von Arbeitszeitverkürzungen. Arbeitszeitverkürzungen sind aber auch notwendig, um die zunehmenden Wünsche nach Flexibilisierung der Arbeitszeit im Interesse der Beschäftigten lösen zu können. Die entscheidende Frage bei der Arbeitszeitflexibilisierung ist, wer wählen kann, wie lange und wann gearbeitet wird. Die Beschäftigten oder die Arbeitgeber? „Beide Möglichkeiten haben außer dem Wort Flexibilisierung nicht viel

miteinander gemeinsam. Im ersten Fall geht es um ein Stück Befreiung von rigiden Zeitwängen, im zweiten um Perfektionierung der Unterordnung unter dieselben.“ Will man in der Frage „wer wählt“ die Seite der Beschäftigten stärken, so gibt es nach Vobruba drei Möglichkeiten:

- Senkung des Angebots durch Arbeitszeitverkürzung
- Stärkung des einzelnen Beschäftigten durch vermehrte Rechtsansprüche
- garantiertes Grundeinkommen

Letzteres bietet gleich drei positive Ansatzpunkte zur Stärkung der Beschäftigtenseite am Arbeitsmarkt:

- „1. Es führt zu einer Verringerung des gesamten Angebots an Arbeitskraft.
2. Es erweitert die Verhandlungsspielräume der Lohnarbeitenden auf dem Arbeitsmarkt.
3. Es schafft neue Gestaltungsmöglichkeiten für die Akteure der Arbeitszeitpolitik.“

Wurde in der Vergangenheit das garantierte Grundeinkommen als Alternative zur Arbeitslosigkeit und somit der beschränkten Beschäftigungswirkung der Arbeitszeitverkürzung diskutiert, versucht Vobruba herauszuarbeiten, daß erst durch die Kombination von Arbeitszeitverkürzung und garantiertem Grundeinkommen eine wirkliche Machtverschiebung am Arbeitsmarkt zugunsten der Beschäftigtenseite eintritt.

Noch einen wichtigen Grund nennt Vobruba in der vorliegenden Studie für ein garantiertes Grundeinkommen: die zunehmende Individualisierung in unserer Gesellschaft. Benötigt die Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen die kollektive Organisation von Interessen, so stärkt ein garantiertes Grundeinkommen die Position des Einzelnen. „Der kollektive Erfolg gelungener Arbeitszeitverkürzung ist zugleich die Verbesserung der individuellen Situation. Das garantierte Grundeinkommen zielt unmittelbar auf die Ausstattung des Individuums.

Sofern sich die/der einzelne in einer grundeinkommensgesicherten Gesellschaft auf den Arbeitsmarkt hin orientiert, bewirkt es direkt die Stärkung der individuellen Anbieterposition der Einzelnen.“ Vobruba erwähnt zwar, daß die Auswirkungen des garantierten Grundeinkommens auf die traditionellen Interessenvertretungen noch kaum untersucht sind, und bleibt auch im vorliegenden Buch die Antwort schuldig.

Ohne Frage sind die Argumente, die Vobruba für ein garantiertes Grundeinkommen in Kombination mit Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitflexibilisierung auflistet, bestechend. Einer langjährigen Zweiflerin – garantierte Grundeinkommen betreffend – seien aber doch einige kritische Bemerkungen erlaubt. Da die Höhe des Grundeinkommens Ergebnis einer politischen Willensbildung sein muß, macht man sich gerade mit diesem Vorschlag sehr stark vom „maßnehmenden“ guten Willen der Regierung abhängig. Überspitzt formuliert: Ist die regierende Mehrheit gutwillig, so wird es ein hohes Grundeinkommen geben, ist sie eher dagegen, wird sie versuchen, das Grundeinkommen erheblich zu drücken. In keinem Land, wo es heute ein Grundeinkommen gibt, hat dieses eine befriedigende Höhe.

Grundeinkommen entläßt die Gesellschaft aus der Pflicht, sich um Arbeitsplätze zu kümmern bzw. aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben. Mit dem Mindesteinkommen werden die Arbeitslosen etwas besser alimentiert, aber gleichzeitig wird ihre Lage in einen offiziell befriedigenden sozialen Status umgewertet. Vobruba spricht sich in dem vorliegenden Buch für die negative Einkommensteuer als beste Variante des Grundeinkommens aus. „Die Grundidee der negativen Einkommensteuer ist, daß vom Staat gezahlte Transfereinkommen und Arbeitseinkommen miteinander kombinierbar gemacht werden. Dadurch besteht für die/den einzelne/n die Mög-

lichkeit, bei geringem Arbeitseinkommen noch einen Teil Transfereinkommen dazuzubekommen. Nimmt das Arbeitseinkommen zu, so nimmt das Transfereinkommen ab – aber so, daß insgesamt das Einkommen zunimmt.“ Für viele Menschen tritt bei diesem Vorschlag anstelle des Erwerbseinkommens jedenfalls zum Teil das Transfereinkommen. Der Staat wird hier zum „Generalalimentator“. Unbeantwortet bleibt in der Studie Vobruba auch, womit diese tendentielle Überführung der Gesamtbevölkerung in den öffentlichen Dienst finanziert wird. Besteht nicht auch die Gefahr, daß Arbeitgeber – existiert nicht gleichzeitig ein kollektivvertraglich abgesichertes Mindesteinkommen – ganz niedrige Löhne bezahlen, weil ja den Rest so und so der Staat übernimmt? Die Realisierung der Idee des

garantierten Grundeinkommens wird aber vor allem von der glaubwürdigen Beantwortung der Frage, wer bekommt ein Grundeinkommen und in welcher Höhe, abhängen. Hier verschweigt sich aber auch Vobruba zur Gänze.

Trotz dieser kritischen Anmerkungen zum garantierten Grundeinkommen möchte ich nochmals betonen, daß die vorliegende Arbeit interessante Überlegungen im Bereich Arbeitszeitflexibilisierung, aber auch Mindestabsicherung bietet. Wahrscheinlich bedarf es noch einiger wissenschaftlicher Untersuchungen und zahlreicher Diskussionen, um der Idee des garantierten Grundeinkommens letztendlich vielleicht doch zum Durchbruch zu verhelfen.

Brigitte Ederer